

Redaktion: Hannover, Georgstr. 33 - Telefon 20951/52

sp<sup>2</sup>/III/28

Hannover, 5. März 1948

Der Alpdruck Sowjet-Deutschland

R.B. Dem Pariser Korrespondenten der "Times" zufolge glauben französische Politiker, daß die von einem wiedererstarkten Deutschland ausgehende Bedrohung mit der russischen Politik zusammenhängen wird. Sie fürchten, in zehn bis fünfzehn Jahren werde ein Bündnis zwischen der Sowjetunion und einem geeinten Deutschland zu erwarten sein. Dieser Gefahr könne man, so heißt es, nur durch das föderalistische System begegnen. Die Franzosen erwarten sogar, den "Westdeutschen Staat", der ihrer Überzeugung nach aus dem Frankfurter Gebilde hervorgehen muß, eines Tages von einem "Oststaat" verschluckt zu sehen. Danach aber scheint ihnen der Zeitpunkt nicht mehr fern, an dem Berlin die Rolle mit Moskau vertauscht und die Führung dieser Entente selbst übernimmt.

Im Zeichen der Ereignisse von Prag und des Briefes an Paasikivi scheint diese Überlegung eher interessant als realistisch. Wenn nun Vansittart in einem Briefe an die "Times" ähnliche Gedankengänge andeutet und zum Schluß in völliger Verkennung der Sachlage sogar sagt, England werde einst für die jetzt erfolgende Grundsteinlegung eines neuen überzentralisierten Deutschlands zu bezahlen haben, so merkt man, daß es noch immer zahlreiche Politiker in Europa gibt, die aus den letzten Jahren nichts gelernt haben.

Es ist ein mehr als merkwürdiges Rezept, den Kommunismus an der Ausbreitung nach Westen durch ein Atomisieren Deutschlands hindern zu wollen. Wer so denkt, der übersieht, daß ein hochföderalistisches Deutschland wirtschaftlich nicht lebensfähig ist. Eine Koordination ist nun einmal die *conditio sine qua non* eines wirtschaftlich gesunden Deutschlands. Je kleiner die politischen Gebilde und je chaotischer die darin herrschenden wirtschaftlichen Verhältnisse sind, umso leichter wird der russische Imperialismus die Gleichschaltung gemacht. Es ist zweifelhaft, ob der Balkan so schnell erlegen wäre, wenn er eine politische Einheit dargestellt hätte. In Wirklichkeit aber handelt es sich um Staaten solcher Größenordnung und gegenseitiger Unabhängigkeit, wie sie den ausländischen Deutschland-Föderalisten verschweben.

Adolf Hitler hat zuerst das Land Thüringen erobert und in Braunschweig wurde er legalisiert. In der Reichsregierung in Berlin wäre ihm das weniger leicht gefallen. Die Eigenbröstelei Bayerns hat im Gegensatz zu hemmenden Reichsvorschriften für Hitlers Partei in ihren Anfängen einen kräftigen Nährboden abgegeben. Es wäre schließlich ein unverzeihlicher Fehler, zu übersehen, daß der überwiegende Teil des deutschen Volkes heute nach einer vernünftigen Einheit strebt, ohne

deshalb nationalistisch zu danken. Würde man diesen Willen auf die Dauer mißachten oder gar unterdrücken, dann würde man damit nur politische Ressentiments züchten und heute noch vernünftige Elemente in anti-nationalistische Bahnen abdrängen, die man gerade vermeiden wollte. Solche Zwangs-Nationalisten würden zweifellos über alle Erwägungen hinweg ein Bündnis selbst mit Rußland abschließen, wenn es darum ginge, die deutsche Einheit herzustellen.

Bis heute haben es die Russen selbst verhindert, die Deutschen der Sowjetunion gefällsmäßig näherkommen zu lassen. Sollten sie aber irgendwann einmal ihre Methoden ändern, dann wird es vom Lebensstandard und von der Kraft abhängen, die die echten demokratischen Linksparteien besitzen, um den Lockungen erfolgreich Widerstand zu leisten. Noch nie waren demokratische Linksparteien solange in Deutschland mit der Regierungsführung beauftragt, daß sie Zeit genug gehabt hätten, eine konsequente Politik der internationalen Verständigung zu machen. Immer wieder wurden sie vom eigenen Volke zur Seite geschoben, weil die im wesentlichen vom Westen her oktroyierten wirtschaftlichen Verhältnisse den nationalistischen Parolen scheinbar recht gaben.

Wenn man heute in Frankreich und in gewissen Kreisen Englands den Alldruck eines von Moskau dirigierten Deutschlands einschließlich der Westzone hat, so ist von deutscher Seite darauf nur zu antworten, daß man seit 1945 genügend Gelegenheit hatte, durch eine für Deutschland verständnisvollere Politik diese Befürchtungen für immer gegenstandslos zu machen, und daß man gerade jetzt wieder anlässlich der Schaffung einer westeuropäischen Union vor einer solchen Gelegenheit steht.

---

#### SPD-Frauen - Arbeitstagung in Köln

sp. Am 3. März fand in Köln eine zentrale Frauen-Arbeitstagung der SPD statt. Es wurden Probleme der Organisation, der Betriebsarbeit und der Parlamentsarbeit der Frauen verhandelt.

Die prozentuale Anteilnahme der Frauen an der Mitgliedschaft und an der Arbeit der SPD wächst ständig. In den Landesparlamenten der drei Westzonen und Berlin sind insgesamt 64 weibliche sozialdemokratische Abgeordnete. Im Zonenbeirat der britischen Zone sind drei sozialdemokratische Frauen vertreten und im Wirtschaftsrat ebenfalls drei.

Auf dem Internationalen Frauentag, der von den sozialdemokratischen Frauen in diesem Jahr vom 15. März bis 4. April mit Kundgebungen und Versammlungen begangen werden wird, werden zum ersten Mal auch wieder ausländische Rednerinnen sprechen. Eine Schweizer, eine dänische und eine englische Sozialistin haben zugesagt zu kommen.

Die Tagung in Köln, an der Männer und Frauen aus den drei Westzonen teilnahmen, war ein erneuter Beweis dafür, daß in der SPD von Männern und Frauen gemeinsam für die Interessen der Frauen und die Interessen der Allgemeinheit gearbeitet wird.

---

Die Schweiz zum Drama Tschechoslowakei

O. Z. Zürich, Anfang März

Selten sind Aufkommen und Entwicklung eines weltpolitisch bedeutsamen Ereignisses in solchem Ausmaße von der öffentlichen Meinung in der Schweiz mit ausgiebiger Berichterstattung und Besorgnis verfolgt worden, wie die jüngsten Vorgänge in der Tschechoslowakei. Die empfundene Drohung aus dem kommunistischen Staatsstreich in Prag liegt vor allem in der Folgerung, daß die nunmehrige "Volksdemokratie Tschechoslowakei" ein von der Sowjetmacht benutztes kommunistisches Glacis ist, und daß die Schwerkranke gegen "Marshall-Europa" von den Positionen als deutsche und österreichische Besatzungsmacht nicht auf sich warten lassen werden, aber auch aus dem Raume Italien vorgetrieben werden könnten, wo Togliatti und seine linkssozialistischen Freunde die bevorstehenden Wahlen zum Instrument eines volksdemokratischen Sieges zu benutzen eindeutig gewillt sind. So sind durch Agentur- und Korrespondentenmeldungen die Reaktionen in diesen Räumen und Zentren genau verfolgt worden; der lähmende Schrecken in deutschen und vor allem in Berliner politischen Kreisen, der Widerstandswille Österreichs gegen jeder volksdemokratischen Gleichschaltungsversuch, wie ihn etwa Julius Deutsch in einer Rede auf einer Tagung des Verbandes der Staatsbeamten zum Ausdruck gebracht hat. An Deutschen bzw. Berliner Stimmen sind es besonders die Stellungnahmen des Spandauer "Volksblatt" und des "Sozialdemokrat", die mit ausführlichen Wiedergaben Beachtung gefunden haben.

Die Terrorisierung und der Untergang der tschechoslowakischen Sozialdemokratie ist besonderer Gegenstand der Kommentierungen der schweizerischen sozialdemokratischen Presse gewesen. Vor allem waren die Anklagen der "Arbeiter-Zeitung", Basel Fanfare wie Fanal. So sehr bis jetzt die SPD Zurückhaltung geübt hat gegenüber allen Bedenklichkeiten in südosteuropäischen Volksdemokratien, so dringlich hat sie nun ihre Stimme für die demokratischen Rechte und Freiheiten wie für die Tschechische Sozialdemokratie erhoben mit folgendem Telegramm des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Fraktion der Bundesversammlung an Gottwald:

"In Namen der Sozialdemokratischen Fraktion des schweizerischen Nationalrates und Ständerates, die die stärkste Partei unseres Landes vertritt, gebe ich unserer Beurteilung und Sorge über gewisse bei uns eintreffende Nachrichten aus Ihrem Lande Ausdruck. Diese Nachrichten melden uns Verfolgungen, ja sogar Verhaftungen von Sozialdemokraten, die auch bei uns bekannt sind und Vertrauen und Ansehen genießen. Wenn die Nachrichten der Tatsachen entsprechen, dann würden sie bei uns nicht nur Gefühle des Bedauerns, sondern berechnete Empörung auslösen. Wir wissen hier genau, daß die in den erwähnten Nachrichten als verfolgt und verhaftet gemeldeten Sozialdemokraten zum Teil Männer sind, welche während der deutschen Okkupation in den Reihen des tschechoslowakischen Volkes Widerstand leisteten, für die Befreiung kämpften und dafür nicht selten in den Gestapogefängnissen und Zuchthäusern schmachteten. Ich wäre Ihnen dankbar, Herr Ministerpräsident, wenn Sie unsere

tiefe Beunruhigung zerstreuen könnten. Ich appelliere an Sie, allfällige Verfolgungen von Andersgesinnten, von Sozialdemokraten, einzustellen. Ich erinnere Sie an den Geist des Gründers Ihres Staates, Thomas Masaryk. Ich appelliere aber auch an Sie im Namen der Demokratie und des Sozialismus, die untrennbar verbunden sind und in deren Verwirklichung und Sicherung die Garantie der persönlichen Freiheitsrechte und der Volkrechte gewährleistet sein muß".

#### Beneschs Irrtum

sp. Es ist heute noch nicht klargestellt, welche Rolle Staatspräsident Benesch während des kommunistischen Staatsstreiches in der Tschechoslowakei gespielt hat. Fest steht nur, daß er vor dem gleichen Klement Gottwald kapituliert hat, mit dem er '943 in Koskac zusammentraf, wohin der jetzige tschechische Ministerpräsident mit zahlreichen anderen tschechischen Kommunisten 1938 geflohen war. Es ist interessant, was Benesch in seinen vor kurzem veröffentlichten Memoiren über dieses Zusammentreffen mit Gottwald zu berichten weiß, weil das Hauptthema der damaligen Besprechungen <sup>die</sup> politische Entwicklung der Vorkriegs-Tschechoslowakei bildete. Gottwald sah, nach den Angaben von Benesch, einen großen Linksruck mit einer klaren sozialistischen Mehrheit und einer Niederlage des Vorkriegs-Rechtsblocks voraus, der aus den Agrariern und den Nationaldemokraten bestanden hatte. "Ich selbst", so schreibt Benesch, "schnitt dann die Frage einer Fusion aller sozialistischen Arbeiterparteien an und fragte, ob die Kommunisten auf eine solche Vereinigung hinarbeiten würden. Sie erklärten, das noch nicht sagen zu können. Ich schloß daraus, daß sie nicht gewillt waren, ihre eigene Unabhängigkeit aufzugeben und daß - übereinstimmend - auch die Sozialdemokraten ihre Unabhängigkeit bewahren würden". Als ihm von Gottwald seine Haltung 1938 vorgeworfen wurde, vor allem aber sein Verzicht auf die Präsidentschaft und seine "Kapitulation", suchte Benesch sie mit der damaligen politischen Konstellation, mit der Haltung Englands und Frankreichs, mit der feindlichen und haßerfüllten Einstellung Polens, das von Ungarn unterstützt wurde, und mit der britischen und französischen Drohung zu rechtfertigen, was sie tun würden, wenn es die Tschechoslowakei auf eine kriegerische Auseinandersetzung mit Hitler-Deutschland ankommen lasse. "Ich schloß mit den Bemerkungen, daß ich alles, was in meinen Kräften stand, getan habe, um die Tschechoslowakei ~~off~~ den Krieg vorzubereiten. Wir hatten zweimal mobilisiert, wir hatten die ganze Nation für den Krieg gerüstet und waren im September 1938 bis aufs I-Tüpfelchen bereit, in den Krieg zu ziehen. Konnten wir damals mehr tun? Im übrigen betonte ich, daß die Entwicklung der Dinge mir vollkommen recht gebe. Man werde sehen, daß im Vergleich mit anderen Nationen die Tschechoslowakei besser abschneiden werde, daß ihr Widerstand von den Deutschen nicht gebrochen werden könne, und daß sie den Krieg besser und mit weniger Opfern überstehen werde als erwartet". Dieser Ansicht traten Gottwald und die übrigen tschechischen Kommunisten

die ~~Saals~~ in Moskau weilten, energisch entgegen und da beide Parteien aus ihrem Standpunkt beharrten, ging die Unterredung erfolglos aus. Benesch betont indessen, er sei doch sehr zufrieden mit ihrem Verlauf gewesen. "Ich erkannte, daß es trotz der ersten Meinungsverschiedenheit in entscheidenden Zeiten möglich sein werde, über die wichtigsten Probleme unserer Nachkriegspolitik zu einer Einigung zu gelangen. Vor allem aber erkannte ich, daß es möglich sei, den Bürgerkrieg zuhause zu vermeiden. Und ich war schon damals der festen Zuversicht, daß unsere Befreiungs-Bewegung nicht das gleiche Schicksal erleiden werde, das die Polen und Jugoslaven im nächsten Jahr erlitten".

Die jüngsten Ereignisse haben gezeigt, daß sich Benesch in dieser Überzeugung gründlich getäuscht hat. An der Tschechoslowakei hat sich erneut bewährt, was die Labour Party in ihrer 1946 erlassenen Warnung an die Sozialdemokraten der noch freien Länder Europas erklärt: "Die Kommunisten betrachten jeden als ihren Feind, der nicht bedingungslos vor ihnen kapituliert".

### Zwei Jahre Partei der Arbeit

#### Jubiläum in Holland

v. S. Amsterdam, Auf. März

"Die Partei der Arbeit stellt im politischen Leben Hollands praktisch den einzigen Versuch dar, der den Erwartungen aus den Jahren unserer nationaler Prüfung entspricht", erklärte Kees Vorrink, der Vorsitzende der holländischen Partei der Arbeit in einer Radiosprache anlässlich des zwei-jährigen Bestehens der Partei. "Tausende gläubiger Christen", so fuhr der Vorsitzende fort, "stünden in der Partei der Arbeit Schulter an Schulter mit ihren außerkirchlichen Parteigenossen in dem gemeinsamen Streit für die demokratisch-sozialistische Partei. Unter schwerstem politischen Druck habe sich die Partei der Arbeit enger zusammengeschlossen, nicht zuletzt aufgrund des zunehmenden Einflusses, der sich für sie als Regierungspartei ergeben habe. Der Beschluß, zusammen mit der katholischen Volkspartei die Regierungsverantwortung zu tragen, habe reiche Früchte gezeitigt. Auch die Ereignisse im Zusammenhang mit der "Polizeiaktion" in Indonesien hätten ihre Einheit nicht beeinträchtigen können. Trotz aller noch bleibenden Schwierigkeiten, stehe in dieser Frage noch immer die Möglichkeit einer für beide Partner tragbaren Lösung. Daß man, aufs Ganze gesehen, nicht alles habe erreichen können, was an sich notwendig und wünschenswert sei, müßte den verworrenen internationalen Verhältnissen, dem zerrütteten Produktionsapparat und schließlich der Tatsache zugeschrieben werden, daß man nicht über seine Möglichkeiten hinausgehen könnte. Abschließend sprach sich Vorrink hoffnungsvoll für die kommenden Wahlen aus.

Die holländische Regierung hat die Versendung von monatlich 1000 Paketen nach Deutschland bewilligt. Im Rahmen dieser Maßnahme hat die Partij v.d. Arbeid eine Werbeaktion unter ihren Anhängern gestartet, deren Erfolg der deutschen "Arbeiter-Wehlfahrt" zugute kommt. "Wir wollen

dies als eine kleine Solidaritätsaktion mit der Gruppe von Genossen in Deutschland betrachten, die nach einer schwierigen illegalen Vergangenheit jetzt vor einer schweren Aufgabe stehen", heißt es u.a. in dem Werbeschreiben an die einzelnen Organisationen der Partei. Diese Aktion ist umso höher zu bewerten, als Holland jahrelang unter deutscher Besetzung zu leiden hatte und gerade die Sozialisten den größten Verfolgungen ausgesetzt waren.

--- --

### Frankfurts Chance

K. Frankfurt/Main, 5.3.1948

In der Südwestecke des alten Reichsforstes liegt der Flughafen Rhein-Main, heute Europas größtes Flugfeld. Schon heute ist hier der Ausgangspunkt des überseeischen Luftverkehrs für Mitteleuropa, so daß die Rollbahn nicht mehr ausreicht. Daher wird eine zweite mit drei Startbahnen von je 100 m Breite und je drei km Länge in Angriff genommen. Dann werden noch größere Maschinen als die "Constellation" der "American Overseas Airlines" starten können.

Doch nicht nur die American Overseas, auch die "Pan American Airways", eine britische, eine holländische, eine luxemburgische, eine schweizerische, eine dänische, eine norwegische und eine schwedische Gesellschaft sind Benutzer des Flughafens, gepachtet hat ihn jedoch die AOA. Die Flugzeuge der "Air France" haben gleichfalls Lande-Erlaubnis. Deshalb sind groß angelegte Bauprojekte in Planung. Ein neues Abfertigungsgebäude mit 50.000 qm Fläche soll entstehen, in dem die Flugsicherung, Flugaufsicht, der Wetterdienst und was alles zu einem Weltflughafen gehört, untergebracht sind. Dazu kommen Werkhallen, Hangars und eine zehn Kilometer lange Rundstraße, die das etwa 800 Hektar große Flugfeld umfaßt.

So ist der Rhein-Main-Flughafen als bedeutender Punkt für Frankfurt, ja, vielleicht der bedeutendste. Der Magistrat, in dem Sozialdemokraten die Mehrheit haben, hat das auch klar erfasst und unternimmt alles, um die Vollendung dieser Projekte zu fördern. So kam schon am 24. Juni 1946 der Vertrag zwischen der Stadt Frankfurt, dem Lande Hessen, der Flughafen-Gesellschaft und der Besatzungsmacht zustande, in dem der Kostenvoranschlag sich zwischen 30 und 50 Millionen Mark belief. Die Kosten und dazu notwendigen Materiallieferungen sollen auf die Länder der US-Zone umgelegt werden.

Seit dem 1. März ist der Luftverkehr einen weiteren Schritt vorangegangen: Die "American Overseas Airlines" hat die Erlaubnis erhalten, im innerdeutschen Verkehr auch deutsche Passagiere zu befördern. Die Strecke Frankfurt-Berlin ist die erste, die dazu ausersehen wurde, der Flugpreis für Hin- und Rückflug beträgt 198 Mark. Weitere Linien nach Bremen, Köln, Düsseldorf, Hamburg, Stuttgart und München sind vorgesehen und auch die "Pan American Airways" werden in kürzester Zeit deutsche Reisende befördern dürfen.

--- --

Verantwortlich: Peter Raunau